

Die Bundesregierung hat am 13. Januar 2009 das Konjunkturpaket II in einer Größenordnung von ca. 50 Mrd. EUR auf den Weg gebracht. Die wichtigsten Bestandteile sind Steuer- und Abgabensenkungen sowie Investitionen.

Die IG BCE unterstützt alle Maßnahmen, deren Fokus auf der Arbeitsplatzsicherung liegt. Hierzu zählen insbesondere die Förderung staatlicher Investitionen, der Schutzschirm für Unternehmen und die Regelungen zur Kurzarbeit.

Auch die Stützung des privaten Konsums vor allem durch den Kinderzuschuss und die Verschrotungsprämie können grundsätzlich positiv bewertet werden. Allerdings ist deren Umfang sehr gering.

Die steuerpolitischen Beschlüsse gehen zwar in steuerpolitischer Hinsicht in die richtige Richtung, konjunkturelle Impulse sind dadurch jedoch kaum zu erwarten.

Staatliche Investitionen

Durch das Konjunkturpaket II sollen 18 Mrd. EUR (2009 - 2010) für Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser und Verkehrsinfrastruktur bereit gestellt werden.

- Die Mittel sind eine sinnvolle und notwendige Ergänzung der Investitionen aus dem ersten Konjunkturpaket.
- Um die Investitionen schnellstmöglich umzusetzen, ist eine (auf 2 Jahre befristete) Lockerung des Vergaberechts (leider) notwendig.
- Öffentlich-private Partnerschaften (Public-Private Partnerships) sollten auch bei ausreichendem staatlichen Kapital verstärkt in den Fokus rücken.

Schutzschirm für Unternehmen

Das KfW-Sonderprogramm (15 Mrd. EUR) wird durch ein Bürgschaftsvolumen von 100 Mrd. EUR ergänzt.

- Die Ausweitung des Bürgschaftsvolumens ist richtig. Die Bürgschaften müssen über Bürgschaftsausschüsse (Vertreter der Ministerien, Banken, DIHK, teilweise Gewerkschaft / Arbeitgeberverband, Vorbereitung und Beratung durch externe Prüfer) beraten und vergeben werden, wobei das Hausbankprinzip ebenfalls weiter gelten sollte. Damit wird das Kreditvergabeverfahren der Hausbank ergänzt (und nicht ersetzt) durch das Bürgschaftsverfahren. Die Beteiligung der Arbeitnehmer sollte sichergestellt werden.

- Die Kritik, die Politik würde sich anmaßen, Kreditanträge eines Unternehmens kompetenter zu prüfen als dessen Hausbank, ist damit unsinnig.
- Der erhöhte Bürgschaftsrahmen und direkte staatliche Kredite können die (in rezessiven Phasen übliche) rückläufige und teurere Kreditvergabe der Banken abfedern.

Steuererleichterungen

Der Freibetrag steigt (in zwei Schritten) auf 8.004 EUR, der Tarifverlauf wird (ebenfalls in zwei Schritten) abgeflacht und der Eingangsteuertarif wird auf 14 % verringert. Insgesamt werden die Bürger (2009 – 2010) um 9 Mrd. EUR entlastet.

- Die steuerpolitischen Veränderungen werden direkt kaum konjunkturelle Impulse geben können. Für die meisten Steuerzahler sind die Entlastungen relativ gering und kommen sehr spät. Psychologisch könnte jedoch ein wichtiges Signal gegeben werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Kritik an den Vorschlägen nicht die Debatte dominiert.
- Steuerpolitisch gehen die Vorschläge in die richtige Richtung. Die Erhöhung des Grundfreibetrags und die Abflachung des Tarifverlaufs sind ein Beitrag zum Abbau der „kalten Progression“ (schleichende Steuererhöhung durch das Zusammenspiel von progressivem Steuertarif und Inflation). Die Verschiebung des Tarifs wirkt zwar in absoluten Zahlen stärker entlastend bei höheren Einkommen. Die

relative Entlastung sinkt jedoch mit steigendem Einkommen.

- Insgesamt sollte die Forderung nach einer gerechteren Steuerpolitik nicht zu sehr mit der jetzt dringend notwendigen Konjunkturpolitik vermergt werden. Steuerpolitische Maßnahmen wirken eher mittel- und langfristig und sind extrem teuer. Außerdem bedeutet eine gerechtere Steuerpolitik auch Steuererhöhungen für Besserverdienende – ein eher negatives konjunkturelles Signal.

Absenkung des Krankenkassenbeitrags

Der Anfang 2009 auf 15,5 % angehobene Krankenkassenbeitrag soll für Beschäftigte und Arbeitgeber zur Jahresmitte um 0,6 % gesenkt werden .

- Die Absenkung ist sinnvoll, damit an dieser Stelle zusätzliche Belastungen der Bürger vermieden werden. Leider wurde der Sonderbeitrag für Mitglieder (von 0,9 %) nicht abgeschafft.
- Angesichts der schwierigen Lage vieler Unternehmen ist auch die Absenkung für die Unternehmen sinnvoll. Die Lohnnebenkosten können damit (auf Kosten der Steuerzahler) unter 40 % gehalten werden.

Kinderzuschuss

Familien bekommen für jedes Kind eine Einmalzahlung von 100 EUR. Der Betrag wird nicht mit Sozialtransfers verrechnet. Außerdem werden für Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren die Hartz-IV-Regelsätze von 60 auf 70 % erhöht.

- Konjunkturpolitisch ist diese Maßnahme sinnvoll. Sie sollte jedoch so früh wie möglich kommen. Darüber hinaus fällt der Kinderzuschuss zu gering aus. Für höhere Einkommen ist diese Einmalzahlung zudem ein Nullsummenspiel, da der Bonus bei der Einkommenssteuerveranlagung mit den Kinderfreibeträgen verrechnet wird. Das ist verteilungspolitisch sinnvoll, konjunkturpolitisch eher weniger.

Kurzarbeit

Die BA soll bei Kurzarbeit (2009 und 2010) die Hälfte der Sozialbeiträge zahlen, die sonst die Arbeitgeber tragen müssten. Bei Qualifizierung kann die BA die Beiträge ganz übernehmen.

- Das entspricht sehr weitgehend den Forderungen der IG BCE.

Autobranche

Einführung einer Verschrottungsprämie von 2.500 EUR beim Kauf eines schadstoffarmen Neuwagens/Jahreswagens.

- Die Prämie ist relativ gering. Bei einem durchschnittlichen Neuwagenpreis von 25.000 EUR entspricht sie 10 %. Da der alte Wagen verschrottet werden muss, entfällt zudem der Verkaufspreis.
- Die Unternehmensberatung PwC schätzt die Zahl der damit zusätzlich verkauften Autos (2009) dennoch auf 300.000. Das wäre ein Erfolg.

Verfasser:

Dr. Thomas Student
Tel. 0511 7631/383
Mail: thomas.student@igbce.de
Stand: 14.01.2008

Layout:

Martina Bader
Tel. 0511 7631/261
Mail: martina.bader@igbce.de
Weitere Info: www.igbce.de